Rede zum Haushaltsentwurf 2017 am 22. 12. 16 von Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrter Herr Kämmerer, liebe Kolleginnen und Kollegen,

dem Dank meiner Vorredner an Sie, Herr Schmitz, für Ihr Debut schließe ich mich gern an. Ich hoffe, Ihnen ist der Einstand auch gut bekommen und Sie denken nicht jetzt schon mit Schrecken an die nächsten Haushaltsberatungen.

Für uns ist es ja eigentlich seit vielen Jahren die berühmt-berüchtigte same procedure. Dieses Jahr sogar doppelt, denn wieder mal stehen auch Wahlkämpfe vor der Tür. Wir werfen dann gern unsere Gebetsmühlen an, aber Rituale sollen ja auch ganz nützlich sein.

Und dennoch ist dieses Jahr eigentlich nichts wie es vorher war. Eine schlechte Nachricht kam nach der anderen, Brexit, Trump, usw. Dazu immer wieder neue Schreckensmeldungen über Krieg, Hass und Gewalt, zuletzt aus unserer eigenen Hauptstadt. Immer wieder müssen wir erleben, wozu hasserfüllte und menschenverachtende Fanatiker in der Lage sind.

Ich kam mir schon oft hilflos vor, wenn ich solche furchtbaren Nachrichten höre. Ich habe deshalb Carolin Emckes Buch „Gegen den Hass“ gelesen und darin verständliche Erklärungen gefunden, wie es zu Hass kommt. Am Anfang steht ganz schlicht Ausgrenzung von Menschen, die anders sind. Andere Hautfarbe haben, woanders herkommen, anderen Glauben haben oder sonst wie aus dem Rahmen fallen, was allgemein für „normal“ gehalten wird. Der Weg dahin, den anderen, angeblich nicht normalen, zu hassen, ist oft kurz und viel leichter, als sich mit dem anderen auseinanderzusetzen und zu akzeptieren, dass Menschen nun mal unterschiedlich, vielfältig sind. Bei Emcke heißt es: „Allein mit dem Mut, dem Hass zu widersprechen und der Lust, Vielfalt auszuhalten, lässt sich Demokratie verwirklichen.“

Darauf komme ich am Ende noch mal zu sprechen, wenn ich mit der grünen Gebetsmühle durch bin.

Die SPD hat es „Urheberrechtsverletzung“ genannt. Wir Grüne sind mit dem Thema Antragsklau schon länger vertraut und haben uns angewöhnt, es freundlicher „Recycling“ zu nennen.

Nun gut, wenn denn jetzt endlich auch die Mehrheitsfraktion einsieht, dass das School&Fun-Ticket und der Klimamanager keine weltfremden Spinnereien sind, soll uns das recht sein. Es wäre auch zielführend gewesen, den Protest gegen Atomkraft vor Jahrzehnten ernster zu nehmen, dann hätten wir vielleicht heute nicht mehr das Problem, dass uns Tihange und Doel noch akut bedrohen.

Ich komme zum nächsten Thema, das schon oft zu heftigen Diskussionen geführt hat: Inklusion.

Ich möchte zuerst daran erinnern, dass es auf eine UN-Konvention zurückgeht, Kindern und Jugendlichen mit Handicaps zu ermöglichen, in „normalem“ Umfeld zu lernen, nicht separiert zu werden, nicht ausgegrenzt.

Dass die Umsetzung ein Spaziergang wird, hat niemand behauptet. Es funktioniert aber auf jeden Fall besser, wenn nicht ständig versucht wird, daraus Wahlkampfkapital zu schlagen. Dass es Probleme gibt, wenn eine Schullandschaft umstrukturiert wird, dass es Zeit braucht, bis auch in den Köpfen der Wille, inklusiv zu unterrichten, ankommt, dafür haben wir volles Verständnis. Ich möchte hervorheben, dass das Land nicht zuletzt für die Umsetzung der

Inklusion seit 2010 den Schuletat um 3,85 Milliarden Euro erhöht hat. Das ist eine Erhöhung von 27 Prozent.

2017 kommen 290 weitere Stellen für den Bereich Lern – und Entwicklungsstörungen hinzu. Für die Inklusion an Berufskollegs stehen weitere 110 Stellen zur Verfügung. Darüber hinaus bekommen die Kommunen erhebliche Mittel vom Land für Investitionen in ihre Schulen. Auch der Kreis profitiert davon und hat den Erweiterungsbau der Rurtalschule mit diesen Geldern bereits im Schulausschuss beschlossen.

Und natürlich werden bei der Umsetzung einer Jahrhundertaufgabe wie der Inklusion auch auf allen Ebenen Fehler gemacht. Möglicherweise muss man noch mehr von Seiten des Landes unternehmen, um den Lehrerberuf -insbesondere das Lehramt Sonderpädagogik- attraktiver zu machen. Denn das Geld und die Stellen sind ja da, nur leider können diese vor allem auf dem Land kaum noch besetzt werden, weil es keine geeigneten Bewerber gibt –wie in anderen höher qualifizierten Arbeitsfeldern auch.

Auch auf kommunaler Seite gibt es noch erhebliches Potenzial, die Inklusion sachgerechter umzusetzen. Längst nicht alle Schulträger halten ein flächendeckendes, breites Angebot von Schulen des gemeinsamen Lernens vor. Deshalb verteilen sich die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht gleichmäßig und nur auf wenige Schulen und Schulformen im Kreisgebiet.

Wir wollen auf jeden Fall weiter an den nötigen Stellschrauben drehen und eben nicht aus wahlkampfaktischen Gründen die Kritiker einseitig hofieren und sich allein deren Argumente zu eigen machen. Inklusion ist Menschenrecht, Ausgrenzung nicht. Punkt.

Ich möchte einen weiteren Punkt hervorheben, wo das Land viel Geld in die Hand genommen hat, und zwar mit dem Programm Gute Schule 2020. 7,5 Millionen Euro ohne zusätzlichen Eigenanteil – wenigstens der Landrat hat das korrekt dargestellt. Das war auch nötig, nachdem die Kreis Heinsberger CDU-Landtagsabgeordneten sofort reflexartig die Kreditfinanzierung angegriffen hatten, ohne genau zu lesen, dass unterm Strich KEINE Kosten auf den Kreis zukommen. Die haushaltstechnischen Gründe für die Finanzierung über Kredite mag man nicht gut finden, das berechtigt aber noch lange nicht dazu, Falschmeldungen in die Welt zu setzen.

Zurück zum grünen Ritual: Keine weiteren Straßenbauprojekte mehr! Lassen Sie uns auf andere Mobilitätskonzepte setzen. Ich meine das tatsächlich ernst. Wir sind am Ende der Fahnenstange angelangt, was Flächenverbrauch, Schadstoffausstoß und Lärm durch den Individual- und Güterverkehr angeht. Und auch, was die entstehenden auch finanziellen Belastungen für die nächsten Generationen, was den Unterhalt des Verkehrsnetzes angeht.

Sie können uns nicht vorwerfen, dass wir auf Totalverweigerung gemacht hätten. Einige große Projekte haben wir mitgetragen. Jetzt gilt es, den Weiterbau der B 221 n über die Rur zu verhindern, die leider wieder im Bundesverkehrswegeplan aufgetaucht ist. Darüber kann man sicher nicht jubeln. Die Umgehung Wassenberg haben wir Grüne mitgetragen und uns für eine Verknüpfung mit der L 117 ausgesprochen. Das ist passiert und das muss reichen! Prinzipiell ist nun genug Asphalt, mit den Folgekosten haben unsere Enkel und Urenkel noch genug am Hals. Dagegen ist Geld, das wir etwa in den Ausbau der E-Bike-Routen bzw. E-Mobilität stecken, notwendige Investition, keine Belastung.

VeloPlus ist beschlossene Sache, der Rur-Radwanderweg muss 2017 folgen!

Ich war überrascht, dass der Kollege Reyans das Thema Leitbild eben angesprochen hat. Wir waren davon ausgegangen, dass die WfG und die Verwaltung wie beim ersten Leitbildprozess eine Vorlage erarbeitet und wir dann gemeinsam überlegen, in welche Richtung wir dann gemeinsam gehen können. Dass Sie das nun auch angehen wollen, freut uns.

Wir setzen also darauf, dass wir es zügig hinkriegen, das Leitbild des Kreises zu überarbeiten – und zwar in Richtung Nachhaltigkeit, mit den nötigen neuen Konzepten. Die Ideen für die Nutzung des Industriegebietes Lindern gehen schon mal in die richtige Richtung. Nur Logistikunternehmen entlang der B56n bringen anstatt vieler Arbeitsplätze vor allem viel mehr Verkehr und gehören für uns eher in die Kiste „veraltete Konzepte.“

Hier erwarten wir von der WfG weitere wirklich innovative Impulse. Dass der neue Geschäftsführer da offene Ohren hat, freut uns sehr.

Positives sehe ich beim Thema Tourismus. Da geht es aus meiner Sicht sehr gut voran in die richtige Richtung.

Dicke Bretter sind ja nix dagegen, was der HTS in den letzten Jahren bohren musste. Die angelaufene Kooperation mit der WfG hat jetzt mit dem Tourismuskonzept schon einen Meilenstein gesetzt. Die Umstrukturierung wird möglicherweise auch die immer noch teilweise vorhandene Skepsis weiter ausräumen.

Tourismus ist ein ernstzunehmender Wirtschaftsfaktor, die sogenannten „weichen Standortfaktoren“, die wir dazu brauchen, sind kein Gedöns, sondern in Wahrheit knallharte, zukunftssträchtige und nachhaltige! Die bisherigen Ausgaben fürs Marketing, um dieses Denken auch zu verbreiten, waren –ich sag es mal freundlich: übersichtlich. Ich bin sehr gespannt auf das Frühjahr 2017, wenn wir über die angesprochene Umstrukturierung Näheres erfahren.

Beim Begriff „Belastung“ fällt mir auf: Im Zusammenhang mit Verkehr und Straßenbau wird eher selten über „Belastung“ gestöhnt. Da nimmt man viele Kosten offenbar alternativlos hin. Ganz anders bei den Sozialausgaben. Da heißt es fast in jeder Wortmeldung, in fast jedem Kommentar: „Die Sozialausgaben belasten; sie belasten die Kommunen, belasten die städtischen Haushalte, belasten künftige Generationen, etcpp . Ganz aktuell belasten die Ausgaben für Flüchtlinge die öffentlichen Haushalte.

Für uns ist es eine Frage der Perspektive, ob öffentliche Ausgaben Belastung oder Investition sind. Steuergeld für Menschen auszugeben, die –man könnte es Anschubfinanzierung nennen – Starthilfe für ihr Leben in unserer Gesellschaft brauchen, oder die schlicht dem gesellschaftlichen Druck aus welchen Gründen auch immer nicht gewachsen sind, könnte man als Entlastung eben dieser Menschen bezeichnen. Oder als Investition in eine gerechtere Gesellschaft.

Menschen als Belastung zu bezeichnen, was auch immer wieder passiert, widerspricht jedenfalls meiner Auffassung von Gesellschaft, die zu einem nicht geringen Teil in einer katholisch geprägten Kindheit begründet liegt.

Vielleicht geben wir sogar noch nicht genug für Soziales aus. Für uns umfasst der Bereich Sozialausgaben nämlich mehr als die Kosten der Unterkunft, Eingliederungshilfen oder Grundsicherung. Menschen mit Beeinträchtigungen Unterstützung zukommen zu lassen, sehen wir als Chancen für die Betroffenen und als humane Pflicht. Auch hier wollen wir nicht ausgrenzen.

Der gesamte Bereich Jugendhilfe gehört natürlich auch dazu. Und genau hier sind präventive Ausgaben doch wohl als Investitionen zu sehen und nicht als Belastung. Im nächsten Jahr müssen wir unbedingt in den westlichen Kommunen aktiv werden. Wir haben den Forschungsbericht der Katholischen Hochschule. Wörtlich steht u.a. drin: „Grundsätzlich sollten alle jungen Menschen in allen Sozialräumen des Kr. HS einen ... Zugang zu Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erhalten. Politik und Verwaltung sollten gemeinsam Sorge dafür tragen, dieses zu gewährleisten. Aus diesem Grund wird die Schaffung eines entsprechenden Angebotes der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Sozialraum Gangelts empfohlen.“

Da haben wir, seit das bekannt ist, noch nicht wirklich was hingekriegt. Da wird es allerhöchste Zeit.

Erstaunlich leichtfüßig hat sich der Bereich Kultur im Kreis entwickelt, nachdem wir im vorigen Jahr ja die unsägliche Debatte um das Begashaus erleben mussten. Zum Glück ist das großartige Projekt jetzt aus den kleinkarierten kommunalpolitischen Fronten heraus und wir können zusehen, wie es nach und nach auch über unsere Kreisgrenzen hinweg an Bedeutung gewinnt.

Es gab dieses Jahr auch keine kleinkarierte Debatte um den Kulturrucksack, auch wenn hier wieder das böse Land nur 80% der Kosten trägt.

Selbst die prozentual gesehen massive Erhöhung der Zuschüsse für die musealen Einrichtungen -da ging es ja z.T. um 50%!- ging glatt durch. Dankeschön an die Genossinnen und Genossen!

Im Kulturbereich investiertes Geld ist aus unserer Sicht sehr gut angelegtes Geld, bei den Museen schlägt man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe, indem man auch noch die Ehrenamtler belohnt.

Genau hingucken sollten wir aber trotzdem auf jeden Fall, wenn es ums Geldausgeben geht. Z.B. auch bei uns selbst:

Ja, der Sitzungssaal ist renovierungsbedürftig. Aber: Seit wann wird ein doch recht hoher Betrag von über 300 000 Euro ohne eine politische Diskussion in den Haushalt aufgenommen? Da kann nach außen leicht der Eindruck entstehen, wir hätten hier einen Selbstbedienungsladen, abgesehen davon, dass das schon ziemlich viel Kohle ist, die da rausgehauen werden soll.

Das Thema Personalmehrung ist ja schon lange Bestandteil der Kritik in Bürgermeisterrunden. Der Vorwurf, der Kreis erhöhe grundlos seinen Personalbestand, geisterte hier immer wieder rum. Auch wir haben das wir von unseren Leuten immer wieder zu hören gekriegt.

Wir haben dann immer versucht, den Eindruck zu zerstreuen, wir haben den Landrat sogar in Schutz genommen, immer wieder gewichtige Gründe für die Stellenmehrungen erklärt.

An einer Stelle fragen wir uns allerdings schon, ob social media wirklich so wichtig ist, dass man dafür eine eigene Stelle einrichten muss. Via Facebook und Co im Netz präsent zu sein, ist sicher modern, hat aber aus unserer Sicht –ich sagte das im Kreisausschuss ja schon- mehr mit Imagepflege als mit Information zu tun.

Die Aufgabenmehrung im Bereich Integration dagegen war natürlich abzusehen. Wir halten auch hier jeden Cent für gut investiertes Geld. Wir stehen klar zum Wort der Kanzlerin „wir schaffen das“.

Es ist nämlich ein „wir wollen das schaffen“, da müssen wir alle an einem Strang ziehen. Der pauschale Vorwurf, das Land lasse gerade hier die Kommunen im Regen stehen, stimmt so nicht. Der Kollege Derichs hat das je eben auch schon ausführlich angesprochen, das will ich jetzt nicht wiederholen.

Wenn ich nur durch die Kreisbrille gucke, sehe ich durchaus, dass die Kommunalfinanzierung insgesamt immer noch nicht zufriedenstellend geregelt ist. So können wir keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt verabschieden, auch wenn die Rahmenbedingungen besser geworden sind, bleiben gerade für uns Kreise und Kommune unverändert Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten haben Sie, Herr Landrat, ja bei der Einbringung des Haushaltes ausführlich dargestellt. Wir haben an einigen Stellen eine etwas andere Sicht auf die Dinge, das habe ich gerade ja ausgeführt. Trotzdem denken wir, dass das Zahlenwerk, das Herr Schmitz uns vorgelegt hat, so weit wie möglich auf soliden Füßen steht und auch einige und deshalb werden wir gleich zustimmen.

Ich habe am Anfang gesagt, dass ich mir Carolin Emckes Buch zu Gemüte geführt und zu Herzen genommen habe. Nachfragen Widersprechen Ansprechen – das sind
Deshalb möchte ich am Ende einige hier im Saal ganz persönlich ansprechen.

Wir reden gern vom fairen Umgang miteinander.

Ich finde es allerdings nicht fair, dass Sie, meine Herren von der AfD, nun seit drei Jahren unter uns sitzen und wir nur anhand einiger manchmal sehr suggestiver Fragen erahnen können, warum Sie Kommunalpolitik machen, etwa wenn es gegen Windräder geht.

Was nicht deutlich wurde: Warum Sie, Herr Spennath und Herr Martin, einer Partei angehören, deren Programm landes- und bundesweit dazu geeignet ist, Menschen auszugrenzen und Hass zu säen. Und deren Vorturner auch aktuell wieder schnell dabei sind, auszugrenzen und Hass zu schüren.

Diesem Hass möchte ich widersprechen.

Im vorigen Jahr haben Sie Ihre Haushaltsrede nicht gehalten. Gerüchteweise ist bei mir angekommen, dass Sie das aus Protest gegen die klugen und von einer zutiefst menschlichen Grundhaltung geprägten Worte des geschätzten Kollegen Norbert Reyans getan haben. Leider, und da muss ich mich an die eigene Nase fassen, habe auch ich bisher eher gute Miene zum Spiel gemacht, habe nicht mal nachgefragt, was Sie dazu sagen, als voriges Jahr einer Ihrer Vorturner auf Flüchtlinge schießen lassen wollte.

Damit ist jetzt Schluss und deshalb spreche ich Sie hier ganz ausdrücklich persönlich an:

Ich bin sehr gespannt, ob Sie es in diesem Jahr wagen, sich hier zu outen und uns damit Gelegenheit geben, uns auf demokratisch faire Art mit Ihren Vorstellungen auseinanderzusetzen.

Drei Sätze aus AfD-Texten möchte ich hier zitieren, auch wenn die beim Lesen schon Übelkeit verursacht haben:

„Ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion ist aus nationalem und auch europäischem Interesse zwingend erforderlich.“ (aus dem Bundestagswahlprogramm)

„Braunkohle ist der einzige, zu wettbewerbsfähigen Kosten verfügbare heimische Energieträger.“ (aus dem Landtagswahlprogramm für Nordrhein-Westfalen)

„Das Recht, in Deutschland Asyl zu beantragen, ist aufzuheben.“ (aus dem Thesenpapier Asyl)

Gehen Sie in den Wahlkämpfen nächstes Jahr für diese Positionen auf die Straßen im Kreis Heinsberg?

Und gehen auch Sie hin, rufen „Merkels Tote“ und stellen Flüchtlinge oder Muslime unter Generalverdacht? Ohne anzuerkennen, dass viele genau vor Terror, Hass und Gewalt zu uns geflohen sind bzw. seit Jahrzehnten friedlich mit uns leben?

Für uns Grüne will ich betonen: Wir hoffen, dass Europa wieder stabil wird. Wir kämpfen weiter gegen Klimakiller und gefährliche Atomkraft. Und: Wir finden eine offene, tolerante und humane Gesellschaft sehr erstrebenswert, eine Gesellschaft, in der nicht nur der weiße, gesunde, christliche, heterosexuelle und wirtschaftlich erfolgreiche Mann zu sagen hat, sondern in der auf die Bedürfnisse aller Rücksicht genommen wird. In der Schwächere unterstützt und aufgefangen werden, und nicht ausgegrenzt. In der Anderssein keine Schande ist, sondern eine Bereicherung, in der niemand aus welchen Gründen auch immer ausgegrenzt wird. Ausgrenzung, so können wir in Carolin Emcke lesen, ist die Wurzel von Gewalt und Unmenschlichkeit.

Das, was ich bisher von der AfD gehört und gelesen habe, ist die pure Ausgrenzung.

Mit zwei kurzen Zitaten von Carolin Emcke und der wärmsten Empfehlung, das Buch vielleicht über die Feiertage mal zu lesen, falls noch nicht geschehen, höre ich jetzt auf, wünsche Ihnen allen friedvolle Weihnachten und einen guten Start 2017.

„Verschiedenheit ist kein Grund für Ausgrenzung. Ähnlichkeit keine Voraussetzung für Grundrechte.“

„Menschenrechte sind voraussetzungslos. Sie können und müssen nicht verdient werden. Es gibt keine Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit jemand als Mensch anerkannt und geschützt wird.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.